

Grenzgebiete werden Herzregionen!

Menschen näher zusammenbringen

Eine Initiative der Landesgruppen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und aus dem Saarland

Die Grenzregionen zwischen Deutschland und Frankreich haben in besonderer Weise unter den Kriegen der Vergangenheit gelitten. Die deutsch-französische Freundschaft und das Zusammenwachsen Europas nach dem Zweiten Weltkrieg sind deshalb für sie umso mehr ein Geschenk. Schlagbäume wurden abgerissen, Partnerschaften besiegelt. In fast allen Bereichen wird grenzüberschreitend zusammengearbeitet, viele Institutionen und Initiativen sind entstanden. Ein breites Netz verbindet heute unsere beiden Länder - und in diesen Regionen ist es eng geknüpft.

Und trotzdem: Nach wie vor gibt es Hürden und Distanz. Die Grenze ist fast nicht mehr sichtbar, aber sie ist noch viel zu stark spürbar. Wir sind weit davon entfernt, dass jede und jeder die Sprache des Nachbarn spricht. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmerinnen und Unternehmer und Verbraucherinnen und Verbraucher erleiden Bürokratie und erleben Barrieren. Regionale Entwicklung wird zu selten grenzüberschreitend gedacht, die Infrastruktur stößt in vielen Bereichen an nationale Grenzen. Es gibt Bahnlinien, die im Krieg gesprengt wurden und noch immer nicht wieder aufgebaut sind.

Es müssen also weitere Brücken gebaut werden - tatsächlich und im übertragenen Sinn. Europa muss gerade in den Grenzregionen erlebbar sein. Harmonie statt Hürden, Nähe statt Distanz, das ist unser Ziel. Im Herzen Europas gelegen müssen die Grenzgebiete starke Herzregionen sein.

Die Landesgruppen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland unterstützen die Positionen der vom Deutschen Bundestag und der Assemblée nationale eingesetzten Deutsch-Französischen Arbeitsgruppe zur Vertiefung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Jedes unserer Bundesländer hat eine Grenze von über 100 Kilometer zu Frankreich, insgesamt sind es 448 Kilometer deutsch-französische Grenze entlang unserer drei Länder. Wir haben deshalb ein elementares Interesse daran, dass diese Grenze nicht trennt, sondern verbindet. Nicht nebeneinander, sondern nur grenzüberschreitend miteinander, sind unsere Regionen stark. Dazu muss die grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufbauend auf den bestehenden Partnerschaften noch wesentlich verbessert werden. Dies muss auf allen Ebenen geschehen. Der neue Elysée-Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich und weitere Initiativen müssen einen echten Mehrwert im Sinne eines Integrationsfortschritts haben und die Menschen beiderseits der Grenze noch näher zusammenbringen.

1. Grenzregionen-Kapitel im neuen Elysée-Vertrag

Ein starkes Grenzregionen-Kapitel muss ein Herzstück des neuen Elysée-Vertrags werden. Wenn Deutschland und Frankreich das Freundschaftsversprechen erneuern, dann darf es nicht bei schönen Worten bleiben. Wir brauchen neue Impulse und gerade an

der Grenze konkrete Verbesserungen für den Alltag der Menschen. Ziel muss sein, eine gemeinsame Entwicklung voranzutreiben und die Grenze im Alltag vergessen zu machen. Dazu braucht es mehr Spielraum vor Ort. Die grenzüberschreitenden institutionalisierten Kooperationen auf kommunaler und regionaler Ebene, wie namentlich die Eurodistrikte, müssen eigenständige Kompetenzen erhalten. Denn wir wollen keinen deutsch-französischen Papiertiger, sondern handlungsfähige Einheiten. Im Wege einer echten deutsch-französischen Co-Administration sollen sie auch Träger grenzüberschreitender Einrichtungen sein können - etwa bei Kindertagesstätten und Berufsschulen, bei ÖPNV und Abfall, bei Krankenhäusern, Sozial- und Gesundheitsleistungen sowie bei Bildungs- und Kulturangelegenheiten. Dazu müssen Ausnahme- und Experimentierklauseln eingeführt und die gemeinsame Finanzierung der Aufgaben ermöglicht werden. Es dürfen durch die Kooperationen keine Zuschüsse verloren gehen.

2. Deutsch-Französisches Zentrum für Künstliche Intelligenz

Das im Koalitionsvertrag vorgesehene Zentrum muss ein „Deutsch-Französisches Zukunftswerk“ werden. Beim „Jugendwerk“ nach dem Krieg ging es um Verständigung und Freundschaft, heute geht es um eine neue Dynamik und um Technologieführerschaft. Wir werben dafür, diese Initiative mit einem grenzüberschreitenden Netzwerk umzusetzen, das auf deutscher Seite auf Institutionen in den drei „Südwest-Ländern“ aufbaut. In allen drei Ländern gibt es schon heute Exzellenz im Bereich der künstlichen Intelligenz und eine enge Zusammenarbeit mit französischen Partnern.

3. Deutsch-Französischer Investitionsfonds „Grenzregionen“

Damit die Grenzregionen wirklich zusammenwachsen können, brauchen wir einen deutsch-französischen Investitionsfonds. Damit sollen Verbindungen wiederaufgebaut und neue Verbindungen geschaffen werden. Unsere nationalen Programme wie der Bundesverkehrswegeplan, der Energienetzausbau, die Breitband-Strategie, der Mobilfunk- und 5G-Ausbau sowie die Ladeinfrastruktur-Förderung für alternative Antriebe müssen konsequent über die Grenze hinweg gedacht, konzipiert und mit den entsprechenden französischen Programmen verknüpft werden.

Mit Straßen, Schienen, Brücken, der Anschaffung von gemeinsamen Rollmaterial, Wasserstraßen, Fahrradwegen, Energienetzen und schnellem Internet sowie einer zukunftsfähigen Mobilfunk- und 5G-Infrastruktur investieren wir so in eine Zukunft, in der unsere Regionen untrennbar zusammenwachsen. Auf der Schiene müssen wir mehr für den Nahverkehr tun und Schwachstellen im transnationalen Fernverkehrsnetz müssen beseitigt werden. Neben der Ausschöpfung aller Potenziale der Reisezeitverbesserungen auf der TGV-ICE-Verbindung POS Nord (Frankfurt-Saarbrücken-Paris) müssen vordringlich die Strecken Freiburg-Colmar, die Niedtalstrecke von Dillingen über Bouzonville nach Metz, die Anbindung Straßburg-Pfalz, Straßburg-Rastatt-Karlsruhe, Saarbrücken-Niedermodern-Karlsruhe und Saargemünd-Bitche-Niederbronn-Haguenau umgesetzt werden. Weiterhin müssen wir die bestehende Zusammenarbeit in der Großregion Saar-Lor-Lux durch eine gute Schienenanbindung Trier-Luxemburg-Paris stärken und Angebote erfolgreich reaktivierter Strecken wie der Bienwaldbahn Wörth-Strasbourg weiter ausbauen. Zudem müssen Möglichkeiten gemeinsamer Ausschreibungen für Schienenverkehrsleistungen gefördert werden. Der grenzüberschreitende Nahverkehr muss weiter ausgebaut werden. Lücken in grenzüberschreitenden Radwegenetzen wie zwischen Sauer-Pechelbronn und dem Dahner Felsenland sind zu

schließen und bestehende Radwanderwege wie den Mühlwanderweg zwischen Hornbach und Volmunster weiter zu pflegen. Diese Infrastrukturprojekte tragen erheblich zum wirtschaftlichen und städtebaulichen Zusammenwachsen der Grenzregionen bei. Sinnvoll sind auch grenzüberschreitende Ticketlösungen und Auskunftssysteme, die Vernetzung der bestehenden Verkehrsinformationen und die Bereitstellung der Daten auf einer Mobilitätsplattform.

4. Die Sprache des Nachbarn lernen

In der deutsch-französischen Grenzregion ist der Kontakt und Austausch mit den Nachbarn Teil des Alltags der Menschen auf beiden Seiten der deutsch-französischen Grenze. Dort ist man sich deshalb des Stellenwerts der Sprache als Mittel der Verständigung und des Verstehens besonders bewusst, damit aus einem ehemaligen Gegeneinander ein für beide Seiten fruchtbares Miteinander wird, im Alltag mit einem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt mit gemeinsamem wirtschaftlichen Erfolg für die gesamte Grenzregion, in der Kultur, in der Wissenschaft, letztendlich in allen Facetten des Lebens.

Der neue Elysée-Vertrag mit seinem Anspruch an ehrgeizige Maßnahmen des Erlernens der Nachbarsprache bietet hierzu eine geeignete Plattform. Daher gilt es, ambitionierte Ziele auf nationaler Ebene im Elysée-Vertrag zu verankern sowie parallel Modellprojekte und vorbildliche Initiativen in den Grenzregionen zu fördern.

Unsere Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland kooperieren eng mit Frankreich. Das Saarland und die angrenzenden Gebiete der Region Grand Est nehmen dabei eine Vorbild- und Modellcharakterfunktion auch im europäischen Kontext ein. Die im Saarland praktizierte Mehrsprachigkeitsstrategie (Frankreich-Strategie) wurde von der EU-Kommission in ihrer Mitteilung 534 (2017) als beispielhaft und Best-Practice für andere Regionen in Europa bezeichnet. Auch das Land Baden-Württemberg setzt eine Frankreich-Konzeption um, mit der die Französisch-Kenntnisse u.a. gestärkt werden sollen. Mehrsprachiges Lernen von der Grundschule bis zu Gymnasien mit bilingualen Zügen, an denen ergänzend zum Abitur das CertiLingua-Exzellenslabel erworben werden kann, ist auch in Rheinland-Pfalz ein Erfolgsmodell. Ziel deutsch-französischer Zusammenarbeit muss die gegenseitige Verständigung zwischen Franzosen und Deutschen in ihrer Muttersprache sein.

Die Anstrengungen und Initiativen der Länder und ihrer Partnerregion Grand Est mit Blick auf die Vermittlung der Nachbarsprache müssen dabei in besonderer Weise unterstützt und gefördert werden, etwa durch den Ausbau der binationalen sowie der bilingualen Kitas und der Elysée-Kitas, den Ausbau der bilingualen Grundschulen und des durchgehenden Sachfachunterrichts in weiterführenden Schulen, den Ausbau der schulischen Austausch und Praktika, genauso wie durch die Stärkung der Referendar- und Lehreraustausche, die Erhöhung der Sichtbarkeit der Nachbarsprache im Alltag sowie durch zweisprachige Beschilderung und Beschriftung.

5. Einheitlicher Wirtschaftsraum

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat sich in seiner Sorbonne-Rede vom 26. September 2017 für einen einheitlichen deutsch-französischen Wirtschaftsraum aus-

gesprächen. Wir begrüßen diese Initiative und fordern mit der Umsetzung zu beginnen – und zwar durch den Abbau aller Hürden im Wirtschaftsleben der Grenzregionen.

Dazu muss aufbauend auf dem Pilotprojekt der deutsch-französischen Arbeitsagentur und auf der Kooperation zwischen der Bundesagentur für Arbeit und „Pôle emploi“ ein gemeinsamer Arbeitsmarkt in den Grenzregionen geschaffen werden. Hierfür bedarf es einer umfänglichen gemeinsamen Arbeitsvermittlung mit gemeinsam getragendem Vermittlungsbudget. Bestimmungen, nach denen Arbeitsmarktmittel nur national eingesetzt werden dürfen, müssen für die Grenzregionen aufgehoben werden. Mittel für Arbeitsvermittlung, berufliche Qualifizierung, berufsbezogene Sprachkurse, Berufsinformation, Berufsberatung und Mobilitätshilfen können dann auf beiden Seiten der Grenze für die Gewinnung und Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eingesetzt werden. Daran anknüpfend müssen auch deutsch-französische Berufsschulzentren geschaffen werden, die Ausbildung und berufsbildende Maßnahmen grenzüberschreitend anbieten. Die Ausbildung muss zum Beispiel den Erwerb der Nachbarsprache und einen Praxisteil in deutschen und französischen Betrieben beinhalten. Die Berufsschulzentren müssen ermöglichen, dass Abschlussprüfungen wie IHK-Prüfungen auf Deutsch und/oder Französisch abgelegt werden können. Die Anerkennung dieser Abschlüsse muss frankreich- und deutschlandweit gewährleistet sein.

Zudem müssen Hürden bei den Bestimmungen zur Arbeitnehmerentsendung abgebaut werden, ohne dass es zu Lohn- oder Sozialdumping kommt. Denn diese Regelungen behindern das grenzüberschreitende Wirtschaftsleben. Deshalb unterstützen wir die fortlaufenden Konsultationen zwischen Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland mit den relevanten französischen Akteuren. Wir sprechen uns für ein Abkommen aus, mit dem Sonderregelungen für die Arbeitnehmerentsendung in der Grenzregion festgelegt werden sollen. In einem solchen Abkommen sollte die Befreiung von Anmeldepflichten oder von der Benennung eines Vertreters festgeschrieben werden. So könnte die Meldepflicht auf kritische Branchen wie das Baugewerbe oder den Transportbereich begrenzt werden. Auf jeden Fall sollten Berufsgruppen wie Künstler, Aussteller auf Messen, Auszubildende und Praktikantinnen und Praktikanten von der Meldepflicht ausgenommen sein. Des Weiteren sollte es eine länger gültige Ausweiskarte nicht nur für das Baugewerbe und ein deutsch- bzw. französischsprachiges Angebot des jeweiligen nationalen Meldeportals für Firmen geben, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Entsendung anmelden wollen.

Wir sprechen uns weiter für grenzüberschreitende Gewerbeparks aus. Sie sind durch Schaffung der notwendigen rechtlichen Grundlagen zu unterstützen und müssen vor allem in Regionen mit einem tiefgreifenden Strukturwandel, wie zum Beispiel in Fessenheim und im Saarland, finanziell gefördert werden.

6. Wissenschaft ohne Grenzen

Wir wollen gemeinsam „Europäische Universitäten“ entwickeln. Dazu müssen die Universitätsverbände „Universität der Großregion“ (quadrinational: Belgien, Deutschland, Frankreich und Luxemburg) und „European Campus-Eucor“ (trinational: Deutschland, Frankreich, Schweiz) weiterentwickelt und mit einem eigenen europäischen Rechtsstatut versehen werden. Das gesamte Hochschulwesen in den Grenzregionen muss im Sinne des europäischen Gedankens gestärkt und vernetzt werden. Weiter-

hin ist es notwendig, die Mobilität von Studierenden, Auszubildenden und Lehrenden in die jeweiligen Semesterticket-Strukturen zu integrieren. Ebenso gilt es, die sozialen Infrastrukturen der Hochschulwesen zu verbinden und weiterzuentwickeln.

7. Sicherheit

Kriminalität macht nicht an der Grenze Halt. Daher ist auch die Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im polizeilichen Bereich notwendig, um Schleuser, Schmuggler, Terroristen oder andere Straftäter wirksam zu bekämpfen. Insbesondere auch die Zusammenarbeit der Bundespolizei mit der französischen Polizei werden wir intensivieren. Gemeinsam müssen wir Sicherheit in der Grenzregion gewährleisten. Das kann am besten multinational organisiert werden. Dafür ist die Stärkung und ggf. Einrichtung einer trinationalen bzw. quadrinationalen Grenzpolizei-Behörde im deutsch-französisch-schweizerischen Grenzraum und im deutsch-französisch-luxemburgisch-belgischen Grenzraum notwendig. Als Vorbild können dabei dienen die erfolgreichen Entwicklungen des „Centre de coopération policière et douanière quadripartite (CCPD)“ in Luxemburg und des Gemeinsamen Zentrums der deutsch-französischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Kehl. Dieses Zentrum wurde Vorbild für ca. 40 weitere Einrichtungen dieser und vergleichbarer Art in ganz Europa. Wir haben die deutsch-französische Wasserschutzpolizeistation als eine der ersten binationalen operativen Einrichtungen in Europa geschaffen. Daneben haben wir ein deutsch-französisches Sprachzentrum zur gemeinsamen polizeilichen Fortentwicklung der jeweiligen Fremdsprachenkenntnisse aufgesetzt. Auch die Vereinbarung zum grenzüberschreitenden Einsatz von polizeilichen Luftfahrzeugen wie zum Beispiel in Form der grenzüberschreitenden Hubschrauber-Sprungfahndung ist vorbildhaft. Die Weiterentwicklung gemeinsamer Streifen zu gemeinsamen operativen Dienstgruppen ist ein weiterer Baustein, um die Zusammenarbeit und den Austausch zu vertiefen. An diese Erfolge in der polizeilichen Zusammenarbeit mit Frankreich und anderen Nachbarländern gilt es im Großen wie im Kleinen anzuknüpfen. Durch effektive und integrative Kooperationsformen können wir unsere Bevölkerung noch besser schützen. Dazu gehören auch der gemeinsame Katastrophenschutz, insbesondere bei Großschadensereignissen, und die Verbesserung der grenzüberschreitenden Rettung und der Austausch zwischen den Feuerwehrverbänden wie zwischen der Südwestpfalz und dem Departement Moselle. Außerdem bedarf es gemeinsamer Fortbildungen für Polizeiführungskräfte, insbesondere auch bei der Cyber-Kriminalität.

8. Nachhaltigkeit

Frankreich und Deutschland haben beim Umwelt- und Klimaschutz europaweit eine Führungsrolle. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Klimaschutz kann beispielhaft Wege zur klimafreundlichen, treibhausgasneutralen Regionalentwicklung, nachhaltigem Wachstum und innovativen, klima- und umweltfreundlichen Mobilitätskonzepten aufweisen. Unsere beiden Länder stehen energiewirtschaftlich vor der Frage, wie wir das Ziel der Bewahrung und Stärkung der industriellen Wertschöpfung mit den Zielen von Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Übereinstimmung bringen können. Auch wenn unsere Energiesektoren unterschiedlich aufgestellt sind, stehen wir gemeinsam vor dieser Herausforderung. Die Schließung der Kernkraftwerke Fessenheim und Cattenom sind zentrale Schritte für eine nachhaltigere und sichere Grenzregion. Dazu gehört auch der gemeinsame Einsatz für höchstmögliche Sicherheit im Bereich der Nuklearenergie. Einen Weg zur nachhaltigen Energieversorgung stellt der Gedanke

der Kreislaufwirtschaft durch die energiewirtschaftliche Kopplung der Sektoren Strom, Wärme, Gas und Mobilität dar. Dabei wollen wir die Chancen der Digitalisierung durch intelligente Netze und neue Technologien sowie die Möglichkeiten der Dezentralisierung miteinander verbinden. Wir sprechen uns für einen deutsch-französischen Musterstandort für nachhaltige Sektorenkopplung aus und wollen ein industrielles Pilotprojekt initiieren, mit dem wir gemeinsame Lösungen für unsere Volkswirtschaften erarbeiten.

Die wunderschöne Natur und die biologische Vielfalt unserer Grenzregion gilt es zu schützen und zu pflegen. Da die Natur keine Grenzen kennt, muss auch der grenzüberschreitende Naturschutz vorangebracht und der Hochwasserschutz ausgebaut werden. So soll etwa der Rhein im Bereich des Naturschutzgebietes Taubergießen und des Réserve Naturelle „Ile de Rhinau“ renaturiert werden. Das Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen gilt es als das einzige grenzüberschreitende Biosphärenreservat Deutschlands erfolgreich weiterzuentwickeln. Ziel ist es, naturnahe Lebensräume im Grenzraum wiederherzustellen.